

TOP 10: Verwaltungsvereinbarung Härtefallhilfen für private Haushalte wegen stark gestiegener Energiekosten für nicht leitungsgebundene Energieträger zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Bundesrepublik Deutschland

- Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung -

Beschluss:

1. Der Ministerrat stimmt dem Abschluss der Verwaltungsvereinbarung über Härtefallhilfen für private Haushalte wegen stark gestiegener Energiekosten für nicht leitungsgebundene Energieträger zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Bundesrepublik Deutschland zu. Dem unterzeichnenden Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung wird eine Redaktionsvollmacht erteilt.
2. Der zuständige Landtagsausschuss wird im Anschluss an die Ministerratsbefassung entsprechend Ziffer II 2 der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung (MASTD) über die beabsichtigte Verwaltungsvereinbarung informiert.
3. Der Ministerrat nimmt den vom MASTD gezeichneten Letter of Intent zwischen Rheinland-Pfalz und der Freien Hansestadt Hamburg, vertreten durch KASSE.Hamburg, bezüglich der beabsichtigten gemeinsamen Umsetzung des Programms „Härtefallhilfen“ zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Mit den Härtefallhilfen für private Haushalte wegen stark gestiegener Energiekosten sollen private Haushalte unterstützt werden, die im vergangenen Jahr von besonders stark gestiegenen Mehrkosten für nicht leitungsgebundene Energieträger betroffen sind.

Mit der Ministerratsvorlage nimmt der Ministerrat den Letter of Intent zwischen Rheinland-Pfalz und der Freien Hansestadt Hamburg, vertreten durch KASSE.Hamburg, sowie die Entwürfe der Verwaltungsvereinbarung nebst der bundeseinheitlichen Vollzugshinweise zur Kenntnis und bevollmächtigt den Minister für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung zur Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund, um die Voraussetzungen für die Teilnahme des Landes Rheinland-Pfalz an den Härtefallhilfen für private Haushalte zu schaffen.